

„NRW macht Frieden“: Transfer- und Breitenwirkung von Friedensakteuren in NRW stärken – Die Zeitenwende wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich begleiten

Drucksache 18/20420 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: **SPD**

Friedensforschung

Demokratiebildung

Zivilgesellschaft

Europapolitik

Wissenschaftspolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die landesweite Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung in NRW durch eine Transdisziplinäre Netzwerkstelle, eine jährliche Fachtagung, niedrigschwellige Bildungsangebote und regelmäßige Berichtspflichten an den Landtag — um die Zeitenwende ethisch-wissenschaftlich zu begleiten.

KERNFORDERUNGEN

- Einrichtung einer Transdisziplinären Netzwerkstelle Frieden NRW
- Stärkung des Zugangs zur Friedensforschung im ländlichen Raum und in Grenzregionen
- Entwicklung eines niedrigschwelligen Bildungsmoduls für Schulen und VHS
- Jährliche Fachtagung des Netzwerks Friedens- und Konfliktforschung NRW
- Regelmäßige Berichte an den Ausschuss für Europa und Internationales

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die Verankerung friedenswissenschaftlicher Erkenntnisse in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft — ein Kernanliegen der GWÖ-Matrix im Feld D2 (Solidarität) und D5 (Transparenz & Mitbestimmung). Er fördert transdisziplinäre Partizipation, niedrigschwellige Bildung und grenzüberschreitende Kooperation (E5), schützt Menschenrechte als Fundament (D1), und verankert Wissenschaft als gemeinwohlorientierten Dienst (C3). Einzig das Fehlen expliziter ökologischer Bezüge zu Frieden (z. B. Klimakonflikte als Friedensrisiko) verhindert den Maximalwert.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Verankerung in den GWÖ-Werten Menschenwürde, Solidarität und Transparenz
- Exzellente Übereinstimmung mit SPD- und Grünen-Wahlprogrammen
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klaren Zuständigkeiten und Zeitrahmen
- Stärkung der grenzüberschreitenden und ländlichen Friedensbildung

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung mit ökologischer Nachhaltigkeit (GWÖ-Feld E3)
- Fehlende Benennung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe
- Keine klare Finanzierungsplanung für die Netzwerkstelle

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	.	.	.	.	.
B · FINANZEN	.	.	.	.	.
C · VERWALTUNG	.	.	++	.	.
D · BÜRGER:INNEN	++	++	.	.	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	.	.	.	.	++

++ stark fördernd + fördernd O neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenrechtliche öffentliche Leistung Bewertung: +5

Schutz von Grundrechten, Demokratie, Menschenrechten als Basis für Frieden

D2 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +5

Förderung von Friedensbildung, Konfliktbearbeitung, ziviler Resilienz

D5 Demokratische öffentliche Leistung Bewertung: +4

Partizipative Vernetzung, Bürger:innenbeteiligung, Transparenz durch jährliche Berichterstattung an Ausschuss

E5 Globale demokratische Verantwortung Bewertung: +4

Europäische Dimension, Euregio-Kooperation, internationale Friedensforschung

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig dem SPD-Wahlprogramm 2022: Er verankert Friedensforschung als Teil der globalen Verantwortung (S. 101–103), stärkt zivilgesellschaftliche Prävention gegen Extremismus (S. 55, 80), fördert Bildung für Demokratie und Menschenrechte (S. 53, 80), und setzt auf eine friedensorientierte, nicht-militärische Sicherheitspolitik – im klaren Kontrast zur CDU-Fokus auf Polizei und Aufrüstung.

„Wir blicken über unseren Tellerrand hinaus und wir wissen um unsere Verantwortung in einer globalisierten Welt.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 103

„Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und zur Prävention gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen werden wir durch Unterstützung bei ihrer Vernetzung und durch ihren Ausbau stärken.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 55

PARTEIPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt exakt das Hamburger Programm wider: Frieden als Menschheitsaufgabe (S. 21), universelle Menschenrechte als unverhandelbar (S. 21), zivile Krisenprävention statt Militär (S. 26), und die Verknüpfung von Friedensforschung mit sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit (S. 26–27).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Der Antrag steht nicht im Widerspruch zum CDU-Wahlprogramm, aber auch nicht im Fokus: CDU betont Sicherheit durch Stärkung von Polizei und Bundeswehr (S. 108), nicht durch Friedensforschung. Allerdings wird Solidarität mit Kriegsflüchtlingen ausdrücklich genannt (S. 108), was als Brücke zur Friedensförderung gelesen werden kann. Keine direkte Förderung von Friedensforschung im Wahlprogramm.

„Für Solidarität mit Kriegsflüchtlingen Wenn es darauf ankommt, hilft unser Land.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 108

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Schöpfungsverantwortung' und 'Friedenssicherung', aber vorrangig im Rahmen der NATO und EU-Sicherheitsarchitektur (S. 31). Friedensforschung wird nicht explizit erwähnt; jedoch passt die Betonung von 'Verantwortung für den Frieden' (Q26 analog) und 'ziviler Krisenprävention' (Q26) in den Rahmen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist nahtlos mit dem Grünen Wahlprogramm 2022 verknüpft: Er konkretisiert die Forderung nach dauerhafter Förderung von Friedens- und Konfliktforschung (S. 71), sichert die Zivilklausel (S. 71), stärkt zivilgesellschaftliche Friedensarbeit (S. 108, 120), und verankert Frieden als europäische und globale Verantwortung (S. 87, 120).

„Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir über die Wiedereinführung der Zivilklausel rechtlich sicher.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 71

„Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 108

PARTEIPROGRAMM

10/10

Das Grüne Grundsatzprogramm 2020 definiert Frieden als 'universelle Würde und Freiheit' (S. 104), verbindet Friedensforschung mit 'sozialer Sicherheit, Menschenrechten, Gewaltfreiheit' (S. 104–105) und sieht 'zivile Krisenprävention' als Kern (S. 104). Der Antrag ist eine präzise Umsetzung dieser Leitideen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht nicht direkt dem FDP-Wahlprogramm, aber steht außerhalb dessen Schwerpunkte: FDP fokussiert auf Digitalisierung, Bildungsexzellenz, Markt und Technologieoffenheit (S. 3, 106), nicht auf Friedensforschung als staatliche Aufgabe. Keine Erwähnung von Friedensforschung, Zivilklausel oder ziviler Krisenprävention. Der Ansatz einer strukturierten, landesfinanzierten Netzwerkstelle kollidiert mit dem FDP-Prinzip 'Privat vor Staat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 kennt keine Friedensforschung als Staatsaufgabe. Es betont 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung' und 'freie Marktwirtschaft' (S. 1, 5, 12), nicht kollektive Friedensverantwortung. Eine staatlich finanzierte Netzwerkstelle widerspricht dem Prinzip 'schlanker Staat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag widerspricht fundamental dem AfD-Wahlprogramm: AfD lehnt 'Klimaideologie' und 'Gender-Ideologie' ab (S. 108), propagiert nationale Souveränität statt europäische Friedensordnung (S. 108), befürwortet Kernkraft und Kohle statt Friedensforschung als Antwort auf globale Krisen (S. 108), und lehnt 'internationale Zusammenarbeit' zugunsten nationaler Abschottung ab. Der Begriff 'Zeitenwende' wird von AfD ausschließlich militärisch interpretiert.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die Bereitstellung eines niedrigschwellig replizierbaren Bildungsmoduls nach dem Vorbild von Bürger-Unis zu aktuellen Themen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung für Schulen, Berufskollegs und/oder Volkshochschulen zu entwickeln und zu erproben

die Bereitstellung eines niedrigschwellig replizierbaren, inklusiven und gendersensiblen Bildungsmoduls nach dem Vorbild von Bürger-Unis zu aktuellen Themen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung für Schulen, Berufskollegs und/oder Volkshochschulen zu entwickeln und zu erproben

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D4 (soziale Gerechtigkeit) durch explizite Inklusion und Gendergerechtigkeit — beides zentrale Gemeinwohl-Werte und im SPD-Wahlprogramm (S. 55, 80) sowie Grünen-Programm (S. 108, 120) verankert.

Vorschlag 2 von 3

Original: den Zugang zu Angeboten der Friedens- und Konfliktforschung insbesondere auch im ländlichen Raum und in Grenzregionen durch die transdisziplinäre Vernetzung von der Netzwerkstelle mit den Euregios zu stärken

den Zugang zu Angeboten der Friedens- und Konfliktforschung insbesondere auch für benachteiligte Gruppen (z.B. Geflüchtete, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung) im ländlichen Raum und in Grenzregionen durch die transdisziplinäre Vernetzung von der Netzwerkstelle mit den Euregios zu stärken

Begründung: Erweitert GWÖ-Feld D2 (Solidarität) und D4 (soziale Gerechtigkeit) um konkrete Zielgruppen, die im Antrag nur implizit adressiert sind — stärkt Chancengleichheit und Teilhabe gemäß SPD- (S. 55) und Grünen-Programm (S. 108).

Vorschlag 3 von 3

Original: die wiederkehrende Reflektion der Finanzierungslage bestehender universitärer, hochschulischer und außeruniversitärer Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in NRW zu prüfen und gegebenenfalls auszubauen

die wiederkehrende Reflektion der Finanzierungslage bestehender universitärer, hochschulischer und außeruniversitärer Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in NRW mit dem Ziel einer dauerhaften, landesweiten Grundfinanzierung von mindestens 50% der Personalkapazitäten zu prüfen und gegebenenfalls auszubauen

Begründung: Konkretisiert GWÖ-Feld B2 (Solidarität bei Geldgebern) und C3 (Politische Führung): Stellt langfristige Finanzsicherheit sicher und vermeidet Abhängigkeit von befristeten Drittmitteln — ein Kernanliegen der Friedensforschung (S. 2, 3) und im Grünen Wahlprogramm (S. 71) gefordert.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-127

Ja: AfD ! CDU FDP GRÜNE SPD

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20420

·NRW macht Frieden·: Transfer- und Breitenwirkung von Friedensakteuren i·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

„NRW macht Frieden“: Transfer- und Breitenwirkung von Friedensakteuren in NRW stärken – Die Zeitenwende wissenschaftlich und zivilgesellschaftlich begleiten

I. Ausgangslage

Die zunehmenden internationalen Konfliktlagen, militärischen Eskalationen sowie damit einhergehende globale Aufrüstungstendenzen haben in dieser Legislaturperiode nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch uns hier in Nordrhein-Westfalen (NRW) mittelbar und unmittelbar betroffen – und als Gegenstand parlamentarischer Debatten im Landtag NRW immer wieder intensiv beschäftigt. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte, Herangehensweisen und teilweise kontrovers geführter Debatten ist dabei vor allem erkennbar, dass die demokratischen Fraktionen des Landtags NRW gerade in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Menschenrechte, Demokratie und die europäische Friedensordnung stets Willen und Fähigkeit zum gemeinsamen Konsens und zur gemeinsamen Positionierung bewiesen haben: Dies zeigte sich in fraktionsübergreifenden Anträgen hinsichtlich des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine,¹ des Kriegs im Nahen Osten,² der Demokratie- und Freiheitsbewegung im Iran,³ dem Schutz von Êzîdinnen und Êzîden aus dem Irak,⁴ aber auch mit Blick auf die dunkelsten Stunden der deutschen Vergangenheit zum 85. Jahrestags des Überfalls auf Polen durch Nazideutschland.⁵

Grundlage dieser Verständigung war und ist weiterhin das gemeinsame Bekenntnis zu den lange für selbstverständlich genommenen Werten – Demokratie, Freiheit und Menschenrechten – sowie nicht zuletzt zu dem übergeordneten Ziel eines friedlichen Zusammenlebens hier in NRW und darüber hinaus als Bundesland im Herzen Europas. Gerade die Entwicklungen der vergangenen Jahre, insbesondere die Erschütterung der europäischen Friedensordnung durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie der zunehmende Druck auf Demokratien weltweit,⁶ zeigen, dass auch wir hier in NRW bereit sein müssen, für diese gemeinsamen Werte und den europäischen Friedensgedanken einzustehen – und diese, wenn notwendig, auch zu verteidigen. Diesen Willen verdeutlicht auch das jüngst vorgestellte defence.nrw-Cluster.

¹ Landtag NRW (2024): Drucksache 18/8108 (letzter Zugriff: 18.06.2026).

² Landtag NRW (2024): Drucksache 18/9150 (letzter Zugriff: 18.06.2026).

³ Landtag NRW (2026): Drucksache 18/18088 (letzter Zugriff: 18.06.2026).

⁴ Landtag NRW (2025): Drucksache 18/15906 (letzter Zugriff: 18.06.2026).

⁵ Landtag NRW (2024): Drucksache 18/10507 (letzter Zugriff: 18.06.2026).

⁶ BICC/ IFSH/ INEF/ PRIF (2026): Friedensgutachten 2026. Die neuen Warlords. Gewaltdynamiken eingehen, Bielefeld: transcript, online: <https://www.friedensgutachten.de/media/2026/06/10/260610-FGA-2026-Gesamt-b.pdf> (letzter Zugriff: 18.06.2026).

Datum des Originals: 07.07.2026/Ausgegeben: 09.07.2026

Gerade im Kontext dieser Zäsur, der Zeitenwende, wird jedoch wiederum deutlich, dass die Themenfelder Frieden und Sicherheit nicht notwendigerweise im Kontrast zueinander stehen, sondern vielmehr als komplementäre und sich ergänzende Pole anzusehen sind: So wurde in der nachkriegsdeutschen Geschichte demokratisch legitimierte Verteidigungs- und Sicherheitspolitik immer von der Friedens- und Konfliktforschung wissenschaftlich begleitet und im Rahmen ziviler und wissenschaftlicher Kontrolle kritisch reflektiert, um zugrundeliegende Werte und ethische Grundsätze nicht aus dem Auge zu verlieren, sondern um diese vielmehr zu verteidigen und zu stärken.

Genau diese beiden Pole – Sicherheitspolitik und deren friedenswissenschaftliche Reflektion, Begleitung und Einhegung – symmetrisch zueinander zu stärken, ist heute umso zentraler.

Entlang der Erkenntnis, dass Frieden nicht allein durch die Abwesenheit von Gewalt definiert ist, sondern ebenso durch das Vorhandensein tragfähiger, konstruktiver Beziehungen innerhalb und zwischen Gesellschaften, beinhaltet die Zeitenwende darüber hinaus auch einen inhärenten Demokratie- und Friedens-Bildungsauftrag, der sich nicht nur an zivilgesellschaftliche Akteure, Schulen und die Hochschullandschaft richtet, sondern vor allem auch an Politik und Verwaltung selbst: Dabei veranschaulichen aktuelle Erhebungen und Studien zu antidemokratischen Einstellungen gerade auch bei Jugendlichen, zu unterschiedlichen Formen politischer (Internet)Gewalt sowie Hass und Hetze, dass unsere demokratisch-freiheitliche Grundordnung, unser friedliches Zusammenleben und der europäische Friedensgedanke keine Selbstläufer sind, sondern im Kontext technologischer Innovation und gesellschaftlichen Wandels fortlaufend erforscht und verstehbar gemacht sowie auf Basis entsprechender Erkenntnisse verteidigt werden müssen.

Im Lichte des oben genannten Bedarfs eines ausgewogenen, wissenschaftlich-fundierten, gesellschaftlich und politisch getragenen Gegenpols sowie des damit einhergehenden Demokratie- und Friedens-Bildungsauftrags gilt es, wissenschaftliche Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung in NRW systematisch in gesellschaftliche, behördliche und politische Prozesse in NRW einzupflegen und so zu verankern, dass sie zur Stärkung friedlicher, demokratischer Strukturen nachhaltig und strukturell beitragen können. Unbestreitbar leistet die Friedens- und Konfliktforschung in NRW mit ihren unterschiedlichen Arbeits- und Themenfeldern in Bereichen der innergesellschaftlichen Konflikt- und Gewaltforschung, der entwicklungspolitischen Friedensforschung, internationaler Friedenssicherung und dem humanitären Völkerrecht sowie nicht zuletzt naturwissenschaftlich-technischer Friedens- und Konfliktforschung an NRWs großen Zentren wie dem Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc), dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg-Essen, dem Cologne Center for Advanced Studies in International History and Law (CHL), dem Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) in Bochum und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld genauso wie an vielen weiteren Lehrstühlen an NRWs Universitäten und angewandten Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen sowie Forschungsprojekten von Aachen bis nach Bielefeld, von Kleve bis nach Bonn bereits heute einen essentiellen Beitrag, um die genannten Ziele zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist jedoch auch festzustellen, dass die Friedens- und Konfliktforschung in NRW schon länger der gezielten finanziellen und institutionellen Stärkung bedarf: Es fehlt an dauerhaften Personalkapazitäten, um die bestehende, umfassende Expertise unabhängig von befristeten, drittmittelgeförderten Forschungsprojekten vorzuhalten. Entsprechende Initiativen wurden in der aktuellen, wie auch in der vergangenen Legislaturperiode politisch im Landtag NRW diskutiert. Zurzeit werden im Kontext des Rahmenprogramms „Orientierung für eine Welt im Wandel“ auch in NRW verschiedene Verbundvorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFT) gefördert.

Nach dem voraussichtlichen Auslaufen dieser Förderung im Jahr 2028 wird sich allerdings die schon heute prekäre Lage noch verstärken und bedroht damit auch die Vielfalt der Friedens- und Konfliktforschung in NRW – und könnte damit auch in NRW Prozesse hemmen, durch die Politik, Verwaltung und Gesellschaft internationalen Entwicklungen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse angemessen begegnen können.⁷

Aus diesen Bedarfen und Dringlichkeiten leitet sich ein zweigliedriges Vorgehen ab:

Erstens bedarf es einer unmittelbaren, direkten Reaktion auf die Herausforderungen der Zeitenwende, die insbesondere in der systematischen, gezielten Stärkung der Transfer- und Breitenwirkung der Friedens- und Konfliktforschung in NRW liegen.

Mit der Einrichtung einer „Transdisziplinären Netzwerkstelle Frieden NRW“ werden bestehende Forschung, Initiativen, Projekte, Austausch und Kooperation im Bereich Frieden vernetzt, skaliert und synergetisiert. Eine besondere Bedeutung kommt dabei auch der, gegebenenfalls themenspezifischen, grenzüberschreitenden Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen in den Benelux-Staaten zu, genauso wie der Sicherung des Zugangs zu Angeboten der Friedens- und Konfliktforschung auch im ländlichen Raum und in Grenzregionen durch transdisziplinäre Vernetzung.

Einen guten Anknüpfungspunkt für den Aufbau einer solchen Netzwerkstelle böte das intersektionale Mapping von Akteuren im Bereich Frieden in NRW, welches die Hochschule Rhein-Waal (HRSW) vor allem mit den Perspektiven der Grenzregionalität (Stichwort EUREGIOs), des ländlichen Raums und der Transdisziplinarität, betreibt.⁸

Ziel dieses Mappings und des einhergehenden Netzwerkers ist es, die notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die bestehenden Forschungserkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung in den breiten gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzupflegen – und im Rahmen der transdisziplinären Zusammenarbeit relevanter Akteure und Bündnispartner aus der Wissenschaft, dem Bildungssektor, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik einer breiten Öffentlichkeit überhaupt erst niedrigschwellig zugänglich und nutzbar zu machen.

Rahmend hierfür könnten beispielsweise bestehende Aktionen von Kirchen und Zivilgesellschaft zum Internationalen Friedenstag, anderen Internationalen Tagen oder der im Landtag NRW stattfindenden Menschenrechtswoche genutzt werden. Dies umschließt ausdrücklich auch die Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praxisorientierte und partizipative Ansätze Friedensarbeit und -bildung – sowie ziviler und kommunaler Konfliktbearbeitung. Das Friedensdorf International bietet sich mit seiner langjährigen Praxis gelebter Friedensarbeit hierfür ebenfalls an, um insbesondere auch den Aspekt der Kinderrechte und der zivilgesellschaftlichen Friedensbildung in den Fokus zu rücken.

Gerade in dieser Hinsicht ist die enge Vernetzung und Zusammenarbeit der Netzwerkstelle mit in NRW bestehenden Projekten und Initiativen der zivilen und kommunalen Konfliktbearbeitung besonders essentiell: Die Netzwerkstelle könnte durch die Zusammenarbeit die Sichtbarkeit und Wirksamkeit aller zentralen Akteure speziell in NRW und in den Grenzregionen

⁷ Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (2026): Friedens- und Konfliktforschung, online: <https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmfr.de/de/Friedens-und-Konfliktforschung-2622.html> (letzter Zugriff: 18.06.2026).

⁸ Mehr Information zu dem durch die Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten Projekt der Hochschule Rhein-Waal: <https://www.hochschule-rhein-waal.de/de/fakultaeten/gesellschaft-und-oekonomie/forschung/forschungsprojekte/start-feministische> (letzter Zugriff: 11.06.2026).

stärken. In diesem Zusammenhang soll auch die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Transfermaßnahmen eingebunden werden.

Zweitens gilt es, im Rahmen eines geleiteten Prozesses die Friedens- und Konfliktforschung in NRW vor dem Hintergrund auslaufender Förderperspektiven auf Bundesebene so zukunftsfähig und resilient aufzustellen, dass sie auch in Zukunft ihren wichtigen Aufgaben im Angesicht technologischer, gesellschaftlicher und globaler Umbrüche weiterhin gerecht werden kann, um damit in Gesellschaft, Politik und Verwaltung hineinzuwirken. Dies erfordert eine frühzeitige Entwicklung tragfähiger Zukunftskonzepte zur Sicherung bestehender Kompetenzen und Forschungsstrukturen und vor allem der Vielfalt der Akteure und Themenfelder.

Um dies strukturiert und gezielt umzusetzen, gilt es, zunächst die Vernetzung innerhalb der Wissenschaft im Rahmen des Netzwerks Friedens- und Konfliktforschung NRW – als Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Feld der Friedens- und Konfliktforschung – breitflächig und unter Einbindung vielfältiger wissenschaftlicher Akteure im Bereich Frieden zu stärken und den Austausch in NRW voranzutreiben, vor allem im Rahmen einer jährlichen Fachtagung. Als zentrale Akteure des Netzwerks sind an dieser Stelle neben dem bicc als unabhängiges, in NRW und international vernetztes Forschungsinstitut, das INEF und das IKG als renommierte und vielfältig aufgestellte Institutionen der nordrhein-westfälischen Friedens- und Konfliktforschung, sowie die RWTH Aachen und Technische Universität Darmstadt als zentrale Akteure naturwissenschaftlich-technischer Perspektiven in der Friedens- und Konfliktforschung in NRW zu nennen und zu honorieren.

Um dies auf Landesebene auch politisch zu verankern, berichten das Netzwerk Friedens- und Konfliktforschung NRW sowie die Transdisziplinäre Netzwerkstelle Frieden NRW im Rahmen der Aktionswoche einmal jährlich dem Ausschuss für Europa und Internationales im Landtag NRW: Dabei gilt es, im Landtag NRW unter Einbindung relevanter Akteure der Friedens- und Konfliktforschung in NRW die notwendigen Austauschräume zu schaffen, um in regelmäßigen Abständen gemeinsam die zukünftige Rolle, Vision und strukturelle Verankerung des Forschungsfeldes zu diskutieren. Die Entwicklung einer solchen Zukunftsstrategie sollte ausdrücklich regionale Perspektiven sowie die europäische Dimension Nordrhein-Westfalens berücksichtigen. Des Weiteren geht es aber auch darum, bestehenden gesellschaftlichen und politischen Austausch- und Forschungsbedarf zu identifizieren – und so die Forschung und den transdisziplinären Austausch wechselseitig zu stärken.

In diesem Rahmen können darüber hinaus auch landespolitische Optionen der nachhaltigen Strukturförderung genauso wie neue Programme diskutiert werden, in denen ausgewählte Schwerpunktthemen der Friedens- und Konfliktforschung mittelfristig vertieft und für den Wissenschafts-Politik-Gesellschaft-Transfer aufbereitet werden können.

Der Friedenszustand unter Menschen ist – wie bereits Immanuel Kant Ende des 18. Jahrhunderts festhielt – vor diesem Hintergrund kein Naturzustand, sondern muss aktiv gestiftet werden. In heutiger Lesart bedeutet dies: „Frieden hat man nicht – Frieden muss man machen!“⁹

Als Land im Herzen Europas steht Nordrhein-Westfalen in besonderer Verantwortung, zur Entwicklung gemeinsamer friedenspolitischer Strategien beizutragen und den europäischen Friedensgedanken aktiv mitzugestalten. Die Friedens- und Konfliktforschung ist hierfür ein unverzichtbarer Bestandteil. Andere Bundesländer haben bereits entsprechende Initiativen ergriffen: So wurden etwa in Thüringen, Hessen und Bayern Schritte zur Stärkung und strukturellen

⁹ Birckenbach, Hanne-Margret (2023): Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Wochenschau Verlag.

Verankerung friedenswissenschaftlicher Forschung unternommen.¹⁰ NRW sollte an diese Entwicklungen anknüpfen und eigene Impulse setzen, um sich als zentraler Standort für innovative, transdisziplinäre und intersektionale Friedens- und Konfliktforschung zukunftsfest zu machen, die Zeitenwende ethisch-wissenschaftlichen zu begleiten – und damit aus NRW heraus einen nachhaltigen Beitrag zur Förderung der europäischen Friedensordnung zu leisten.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- die Friedens- und Konfliktforschung in NRW leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zur nachhaltigen Bearbeitung von Konflikten, zur Stärkung friedlicher, demokratischer Strukturen und damit zur Förderung von Frieden hier in NRW, aber auch auf bundesweiter, europäischer und globaler Ebene,
- die gezielte Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung ist ein wichtiges Ziel, um den Gedanken und die Visionen der europäischen Friedensordnung und die damit einhergehende, ethisch-wissenschaftliche Begleitung der aktuellen Zeitenwende, auch zu aktuellen, globalen Eskalationsdynamiken, fest zu verankern,
- die Stärkung der an NRWs universitären, außeruniversitären und insbesondere auch den hochschulischen Einrichtungen stattfindenden transdisziplinären Prozesse der Vernetzung sowie der Transfer- und Breitenwirkung zwischen der Friedens- und Konfliktforschung in NRW und Politik, Verwaltung Gesellschaft und Öffentlichkeit sind von großer Bedeutung für unser friedliches Zusammenleben, die nachhaltige und friedliche Bearbeitung von (gesellschaftlichen) Konflikten und für Völkerverständigung.

Der Landtag fordert die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel auf,

- das Mapping und die Vernetzung bestehender Strukturen aus Forschung, Politik und Gesellschaft in NRW zum Thema Frieden im Rahmen der Einrichtung einer „Transdisziplinären Netzwerkstelle Frieden NRW“ zur Förderung des transdisziplinären Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen lokalen, regionalen und landesweiten Akteuren/-innen zu pilotieren und auszubauen,
- den Zugang zu Angeboten der Friedens- und Konfliktforschung insbesondere auch im ländlichen Raum und in Grenzregionen durch die transdisziplinäre Vernetzung von der Netzwerkstelle mit den Euregios zu stärken,
- die Transferwirkungen zwischen Friedensforschung, -lehre und -bildung, Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit für die breite Öffentlichkeit zu stärken,
- die Vernetzung innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen insbesondere durch das Netzwerk Friedens- und Konfliktforschung NRW über eine jährliche Fachtagung zu stärken,
- die Bereitstellung eines niedrigschwellig replizierbaren Bildungsmoduls nach dem Vorbild von Bürger-Unis zu aktuellen Themen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung für Schulen, Berufskollegs und/oder Volkshochschulen zu entwickeln und zu erproben,

¹⁰ Landtag Thüringen (2025): Entwurf der Vereinbarung zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung V zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes bis zum 31. Dezember 2026, https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/103347/entwurf_der_vereinbarung_zur_verlaengerung_der_rahmenvereinbarung_v_zwischen_der_thueringer_landesregierung_und_den_hochschulen_des_landes_bis_zum_31.pdf (letzter Zugriff: 25.03.2026); Bayrische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt und Sicherheitsforschung (2026): Interdisziplinäre Forschung, online: <https://www.foks-allianz.de/> (letzter Zugriff: 25.03.2026).

- den Austausch zwischen und die Vernetzung von Landesebene und der Friedens- und Konfliktforschung in NRW durch jährliche, gemeinsame Berichte des Netzwerks Friedens- und Konfliktforschung NRW sowie der Transdisziplinären Netzwerkstelle Frieden NRW an den Ausschuss für Europa und Internationales im Landtag NRW zu stärken,
- die wiederkehrende Reflektion der Finanzierungslage bestehender universitärer, hochschulischer und außeruniversitärer Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in NRW zu prüfen und gegebenenfalls auszubauen, um nachhaltige Fachexpertise unabhängig von befristeten Drittmittelprojekten zu sichern.

Jochen Ott
 Ina Blumenthal
 Alexander Vogt
 Inge Blask
 Dr. Bastian Hartmann
 Josef Neumann
 Andrea Reh

und Fraktion